

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

des Abgeordneten Jürgen Krogmann (SPD), eingegangen am 14.10.2009

Nichts als warme Worte? - Was tut die Landesregierung konkret für ein Justizzentrum in Oldenburg?

Der Justizstandort Oldenburg leidet nach Auffassung von Betroffenen mit seinen zahlreichen Gerichten und der Staatsanwaltschaft seit vielen Jahren unter dem schlechten baulichen Zustand, der Enge und dem ungünstigen Zuschnitt seiner Räume. Besucherinnen und Besucher klagen über fehlende Stellplätze, Anwohnerinnen und Anwohner über einen hohen Parkdruck im sogenannten Oldenburger Gerichtsviertel, Beschäftigte leiden unter dem schlechten baulichen Zustand vieler Liegenschaften, und die weiten Wege zwischen den im Oldenburger Stadtgebiet teils weit verstreuten Standorten sind nach Auffassung von Beobachtern einer modernen, im Hinblick auf Kosten und Arbeitsabläufe effizienten Justizverwaltung nicht zuträglich. Auch rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger wie die Anwaltschaft finden eine Vielzahl von Anlaufstellen vor, anstatt sich zentral an eine Adresse wenden zu können. Die Gewährleistung von Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und die Besucherinnen und Besucher ist bei einer räumlichen Trennung der Behörden nur mit deutlich höherem Personaleinsatz zu leisten, da neben anderem eine zentrale Eingangskontrolle nicht möglich ist.

Nun hat die Landesregierung das Problem offenbar seit Längerem erkannt. Minister Busemann teilte anlässlich eines Besuches vor einiger Zeit bereits in der örtlichen Presse mit, „es gebe allerdings auch keinen Zweifel daran, dass Teile des Justizkomplexes in Oldenburg erheblich sanierungsbedürftig seien. ‚Angesichts dieser Tatsache macht es einen gewissen Sinn, einen neuen Anlauf zu wagen und das Justizzentrum ins Visier zu nehmen‘, meinte Busemann. Schließlich müsse man sich die Frage stellen, ob es besser sei, ständig zu sanieren oder neu zu bauen“ (*NWZ-Online*, 14. März 2009).

Für Hannover gibt es inzwischen konkrete Pläne des Justizministeriums zur Errichtung eines Justizzentrums in öffentlich-privater Partnerschaft.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wenn der Bedarf im Ministerium offenbar seit Längerem unstrittig ist: Welche konkreten Schritte zur Planung und Realisierung eines Justizzentrums Oldenburg wurden bislang unternommen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung aktuell die räumliche Situation am Justizstandort Oldenburg?
3. Sind bereits Gespräche mit der Stadt z. B. über eine Bauleitplanung geführt worden und, wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Wie steht die Landesregierung zur Möglichkeit einer Investorenlösung bzw. einer Leasingfinanzierung des Projektes?
5. Gibt es bereits einen zeitlichen Rahmen, in dem ein mögliches Justizzentrum Oldenburg realisiert werden kann?
6. Gab oder gibt es Pläne der Landesregierung, das Elisabeth-Anna-Palais, den Sitz des Sozialgerichtes, zu veräußern, und, wenn ja, welche Vorstellungen gibt es für die zukünftige Unterbringung des Sozialgerichtes in Oldenburg?

7. In welcher Form möchte die Landesregierung die Herstellung von Sicherheit bei der derzeitigen räumlichen Situation der Justizgebäude und der personellen Ausstattung der Justiz gewährleisten?

(An die Staatskanzlei übersandt am 20.10.2009 - II/721 - 487)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Justizministerium
- 5310 Oldenburg - 104.27 -

Hannover, den 19.11.2009

Die Planungen für ein Justizzentrum in Oldenburg reichen bis in die 1980er-Jahre zurück. Eine Projektgruppe, an der alle Justizbehörden Oldenburgs beteiligt waren, hat das Projekt insbesondere in den Jahren 2001/2002 vorangetrieben. Justizminister war damals Prof. Christian Pfeiffer, Ministerpräsident Sigmar Gabriel. Die SPD-geführte Landesregierung hat seinerzeit die Planungen noch vor Erstellung einer Bauanmeldung in Anbetracht der damit verbundenen Kosten wieder eingestellt und auf die Umsetzung des Projekts verzichtet.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Zurzeit erarbeitet das Oberlandesgericht einen Raumbedarfsplan für ein Justizzentrum in Oldenburg.

Zu 2:

Die räumliche Situation am Justizstandort Oldenburg ist trotz gewisser Fortschritte punktuell immer noch verbesserungswürdig. Daher muss für den Standort Oldenburg ein langfristig tragfähiges Konzept entwickelt werden.

Zu 3:

Seitens des Staatlichen Baumanagements Ems-Weser sind keine Gespräche mit der Stadt geführt worden.

Zu 4:

Investorenlösungen werden in die Prüfungen einbezogen.

Zu 5:

Nein.

Zu 6:

Es gibt zurzeit keine konkreten Pläne der Landesregierung, das Elisabeth-Anna-Palais in Oldenburg zu veräußern.

Es sind jedoch Investoren an das Niedersächsische Finanzministerium (Landesliegenschaftsfonds) herangetreten, die Interesse am Erwerb des Palais haben. In diesen Interessenbekundungen wurde durch das Land die Notwendigkeit dargestellt, eine Ersatzunterbringung des Sozialgerichts zur Verfügung zu stellen. Konkrete Angebote bezüglich des Kaufpreises oder möglicher Ersatzunterbringungen liegen jedoch nicht vor.

Die Landesregierung steht eventuellen Angeboten der Investoren aufgeschlossen gegenüber. Unbedingte Voraussetzungen für einen möglichen Verkauf sind aber, dass sich die Gesamtmaßnahme für das Land wirtschaftlich darstellt und eine geeignete Ersatzunterbringung für das Sozialgericht zur Verfügung steht, die einerseits den Flächenbedarf deckt und andererseits mit den Konzeptionen des Justizministeriums im Einklang steht.

Zu 7:

Die Landesregierung sieht die Gewährleistung von Sicherheit in den Gebäuden der Justiz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Bediensteten als Verwaltungsaufgabe hoher Priorität an. In den vergangenen Jahren sind daher erfolgreich erhebliche Anstrengungen unternommen worden, die Sicherheitssituation zu verbessern. Neben investiven Maßnahmen sind die Aus- und Fortbildung im Wachtmeisterdienst neu strukturiert sowie die persönliche Ausstattung des Wachtmeisterdienstes verbessert worden. Die Sicherheit bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten kontinuierlich weiter zu verbessern, ist erklärtes Ziel der Landesregierung. Die Sachhaushaltsmittel für Sicherheitsinvestitionen werden beispielsweise ab dem Haushaltsjahr 2010 weiter erhöht. In diesen Optimierungsprozess ist, unabhängig von den Planungen für ein Justizzentrum, auch der Standort Oldenburg einbezogen. Solange ein Justizzentrum nicht besteht, sind Anpassungen der personellen Ausstattung im Sicherheitsbereich nicht beabsichtigt. Welche personellen Synergieeffekte sich im Zusammenhang mit der Errichtung eines Justizzentrums ergeben, muss zunächst in einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ermittelt und bewertet werden.

In Vertretung

Dr. Jürgen Oehlerking